



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Finanzwirtschaft
Az.: 900-01/wi
Tel.: 0391/56531-35
ruby@landkreistag-st.de

17. Juni 2019

Rundschreiben Nr. 330/2019

Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2019

Bezug: Unser Rundschreiben Nr. 485/2018 vom 28. September 2018

Kurzfassung:

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat die Ergebnisse des Kommunalpanels 2019 vorgestellt. Insgesamt offenbart das Kommunalpanel 2019 einen kommunalen Investitionsrückstand von 138,4 Mrd. Euro. Bei den Landkreisen wird im Ergebnis ein Investitionsstau im Umfang von 24,3 Mrd. Euro festgestellt.

Am 12. Juni 2019 hat die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2019 vorgestellt (**Anlagen**).

Seit 2010 wird das KfW-Kommunalpanel als jährliche Befragung von Städten und Gemeinden, seit 2011 auch unter Beteiligung der Landkreise, vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführt. Ziel ist es, ein regelmäßiges Bild der kommunalen Finanzlage, der Investitionstätigkeit, des Investitionsrückstands sowie der kommunalen Finanzierungsbedingungen aus Perspektive der Kommunen zu geben.

Das KfW-Kommunalpanel hat sich als eine anerkannte und „neutrale“ Quelle etabliert, die jedes Jahr ein aktuelles Abbild über den kommunalen Investitionsrückstand liefert. Seitens des Deutschen Landkreistages (DLT) ist stets Wert darauf gelegt worden, dass diese Informationen nicht nur für die kommunale Ebene insgesamt, sondern auch für die Landkreisebene separat aufbereitet werden. Die entsprechenden Informationen fließen auch in den jährlichen Kreisfinanzbericht des DLT ein.

Mit dem Kommunalpanel 2019 wurden Daten und Einschätzungen

- zur finanziellen Lage der Kommunen,
- zu Investitionen, darunter Investitionsbereiche und -rückstand,

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

E-Mail : verband@landkreistag-st.de
Internet : www.kommunales-st.de

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

- zur Investitionsfinanzierung und Kassenkrediten sowie
- zu Finanzierungsbedingungen

erfragt. Der Fragebogen war mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt. Um das Profil des KfW-Kommunalpanels zu schärfen, wurde die Befragung wie bereits im Vorjahr als echte „Panelbefragung“ (Befragung der gleichen Kommunen über mehrere Jahre hinweg) organisiert. Die Erhebungsgrundgesamtheit umfasste alle Großstädte, Mittelstädte und Landkreise sowie eine geschichtete Stichprobe kleinerer Städte und Gemeinden. Von den 294 Landkreisen hatten sich 139 an der Umfrage beteiligt; dies entspricht einer Beteiligungsquote von 47 %.

Der wahrgenommene Investitionsrückstand ist dem Kommunalpanel 2019 zufolge gegenüber dem Vorjahr, das mit etwa 159 Mrd. Euro einen besonders hohen Investitionsrückstand auswies, um rd. 21 Mrd. Euro auf 138,4 Mrd. Euro gesunken und bewegt sich damit im Rahmen der früheren KfW-Kommunalpanels. Auch wenn sich die Finanzlage der Kommunen verbessert hat, ist gerade bei den Straßen (42,8 Mrd. Euro), den Schulen (36,1 Mrd. Euro) und den öffentlichen Verwaltungsgebäuden (rd. 14 Mrd. Euro) der Nachholbedarf weiterhin sehr hoch.

Für die Landkreise bleibt der Investitionsrückstand mit 24,3 Mrd. Euro in etwa auf dem Niveau der früheren Jahre (2017: 25,7 Mrd. Euro, 2016: 25,4 Mrd. Euro). Die größten Defizite bestehen im Landkreisbereich bei den Schulen (11,8 Mrd. Euro = 253,50 Euro/EW) und bei den Straßen (6,1 Mrd. Euro = 129 Euro/EW). 71 % (Schulen) bzw. 55 % (Straßen) der antwortenden Landkreise bezeichnet den Investitionsrückstand in diesen Bereichen als gravierend bzw. nennenswert.

Große Investitionslücken bestehen auf Kreisebene weiterhin im Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude (2,7 Mrd. Euro, Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 53 %). Für die Informationsinfrastruktur, zu der auch die Kreisinvestitionen zur Breitbandversorgung zählen, beziffern die Landkreise schließlich den Investitionsstau auf 1,1 Mrd. Euro (Einstufung als gravierend bzw. nennenswert: 40 %).

Insgesamt gehen die antwortenden Kommunen davon aus, dass in den nächsten fünf Jahren der Investitionsstau weiter aufgelöst werden kann. Bei den Landkreisen sind die Erwartungen weiter verbessert. 55 % (Vorjahr: 66 %) der antwortenden Landkreise geht im Bereich Straßen und Verkehr von ähnlich groß bleibenden oder wachsenden Investitionsrückständen aus. Für den Schulbereich 34 % (Vorjahr: 38 %) und den Bereich der öffentlichen Verwaltungsgebäude 44 % (Vorjahr: 52 %) sind die Erwartungen ebenfalls leicht verbessert. Kritisch wird angemerkt, dass eine Reihe von Investitionsprojekten nicht umgesetzt werden könnten, weil die Kapazitäten in der Verwaltung und der Bauwirtschaft begrenzt seien.

Auch bei den Unterhaltungsleistungen zeigt sich eine Verbesserung im Vorjahresvergleich. Bei der Straßenverkehrsinfrastruktur konnten allerdings weiterhin nur 40 % der Kommunen in den vergangenen fünf Jahren notwendige Maßnahmen des Unterhalts vollständig oder weitgehend gewährleisten (Landkreise: 65 %). Im Bereich der Schulen sind es 60 % (Landkreise: 67 %), bei den öffentlichen Verwaltungsgebäuden 50 % (Landkreise: 63 %).

Die Rahmenbedingungen für die Kreditaufnahme zur Finanzierung kommunaler Investitionen waren zum Zeitpunkt der Befragung weiterhin gut. Gegenüber der Vorjahresbefragung ist der Anteil der Kommunen, die Eigenmittel zur Finanzierung ihrer Investitionen einsetzen, nahezu gleich. Hochgerechnet auf alle Kommunen liegt dieser Anteil bei 87 %, greift man die Landkreise hier heraus, so liegt der Wert mit 85 % nur unwesentlich niedriger. Zweckgebundene Zuschüsse nutzen 72 % der Kommunen (Landkreise: 77 %). Der Anteil beantragter Fördermittel liegt höher bei 88 % (Landkreise: 79 %). Mit 62 % liegt der Anteil der Kommunen, die ihre Investitionen über Kommunalkredite finanzieren, deutlich niedriger (Landkreise: 63 %).

Wegen der weiteren Einzelheiten nehmen wir auf die anliegend beigefügten Ergebnisse der KfW Bezug.



Theel

Anlagen